

# Das Reichskinogesez im Reichstag.

Sitzung vom 15. März.

Im Hhge des Bundesrats u. Krause.

## Kleine Anfragen.

Abg. Stahl (Soz.) weist darauf hin, daß das Kriegsministerium zwei der Stadt Spandau gehörende Schulen trotz Weigerung des Magistrats zu Wohnzwecken für Munitionsbearbeiterinnen in Gebrauch genommen hat.

Generalleutnant v. Couperus: Diese Schulen waren für uns im Interesse der Munitionsbearbeiterinnen notwendig. Die Beschlagnahme erfolgte erst, nachdem die Verhandlungen mit dem Magistrat gescheitert waren.

Die Abg. Fischer (Soz.), Pfannkuch (Soz.) führen Beschwerde darüber, daß in jüngster Zeit wiederholt an beliebigen Stellen des Berliner Stadtbezirks von militärischen Begleitmannschaften und Soldaten, die sie zu transportieren hatten, bei Fluchtversuchen geschossen worden ist und daß dadurch Leben und Gesundheit der Bevölkerung gefährdet wird.

General v. Weisberg teilt mit, daß die in Betracht kommenden Dienststellen angewiesen worden sind, die Anordnung über den Transport von Militärgefangenen, besonders in den großen Städten, nachzuprüfen und entsprechend abzuändern.

Die Abg. Vogt (U. Soz.), Kunert (U. Soz.) bringen Klagen über Zensurmaßnahmen gegen sozialdemokratische Blätter vor, die von Generalmajor v. Berg und Weisberg zu rechtfertigen versucht werden.

Abg. Kunert (U. Soz.) hebt hervor, daß den Militärpolizeistellen in Magdeburg und Halle die Berechtigung erteilt worden ist, in Spionage- und Sabotagefällen die Postbehörden um Auskunft über den Postverkehr der betreffenden Personen zu ersuchen.

General v. Weisberg: Die Verfügung hatte nur den Zweck, die mit der Uebervachung beauftragten Militärpersonen den Postbehörden gegenüber zu legitimieren, da die Militärbehörden ihre Maßnahmen nicht selbst ausführen können. Sie ist also zur Durchführung der militärischen Gewalt erforderlich.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Vpl.): Zahlreiche Klagen von Angehörigen besagen, daß die Nachrichten von deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien, vor allem aus dem Lager Verchola (Ostibirien) seit langer Zeit völlig ausgeblieben sind; Post- und Geldsendungen gingen ebenfalls nicht mehr durch. Auch das Rote Kreuz verzögerte mit Auslieferung.

General Friedrich: Es ist richtig, daß der Postverkehr mit Rußland sich seit geraumer Zeit wesentlich verschlechtert hat. Auf der Konferenz in Petersburg haben die deutschen Delegierten schnelle Hilfe gefordert. Trotz größter Bemühungen der sibirischen Schutzmacht ist jedoch insbesondere infolge der Desorganisation der Verkehrsmitel eine Besserung nicht erzielt worden. Die Seeresverwaltung hat deshalb schon vor einigen Wochen die Einstellung von Sendungen an Kriegsgefangene in Rußland empfohlen, zumal auch das bisher als zuverlässig bekannte Nordische Rote Kreuz ausfällt. Sobald die Verhältnisse es zulassen, beschließt die Seeresverwaltung eine Zentralpoststelle für deutsche Kriegsgefangene in Rußland einzurichten; sie wird dann in den Zeitungen darüber berichten. Die Lage der in Ostibirien befindlichen Kriegsgefangenen bildet aus naheliegenden Gründen den Gegenstand erster Besprechungen. Dem Kriegsministerium liegen bisher noch keine Nachrichten vor, daß die sibirischen Lager geräumt sind. Ein Teil der Kriegsgefangenen und Zivilverwandten ist jedoch schon auf eigene Faust in die Heimat zurückgekehrt. Die deutsche Regierung hat alles vorbereitet, um die Beschlüsse der Petersburger Konferenz über die Abtransporte der Gefangenen nach Ostibirien des Friedensvertrages anzuerkennen durchzuführen. Der Friedensvertrag sieht vor, daß sich deutsche Kommissionen nach Rußland und Sibirien begeben, um dort die Abtransporte mit größter Beschleunigung selbst in die Hand zu nehmen und das Los der Gefangenen bis zu ihrer glücklichen Rückkehr nach Rußland zu bessern.

Abg. Baudert (Soz.) weist auf die schwere Benachteiligung der Verbraucher von Gas durch die Vorschriften über die Verbrauchsbeschränkung und den Straßenpreis von 50 Pfg. für den Kubikmeter bei Mehrverbrauch hin.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Die Vorschriften werden nicht eingehrig ausgelegt. Wo wirklich ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, werden weitgehende Ausnahmen gemacht. Die Straßenspreise werden nur eingespart, wo eine verschwendliche oder gar böswillige Ueberschreitung der vorgeschriebenen Höchstmengen vorliegt.

Abg. Hierl (Soz.) führt Beschwerde, daß bei den meisten Truppenstellen die Zahlung der Gefangenenerlöse an die Angehörigen nach den alten niedrigen Sätzen erfolgt.

General v. Ober: Die Böhnungsbesserung ist für Unteresoffiziere und Mannschaften bestimmt, nicht für die Angehörigen. Für diese ist durch die Erhöhung der Familienunterstützungen in erheblichem Umfang gesorgt. Deshalb liegt keine Veranlassung vor, ihnen ohne weiteres auch die erhöhten Sätze der Böhnung zugute kommen zu lassen. Die Truppen sind aber angewiesen, in besonderen Fällen dies doch zu tun.

## Die Kriegsabgabe der Reichsbank.

Von dem Gewinne der Reichsbank für das Jahr 1917 wird vorweg ein Betrag von 120 Millionen Mark dem Reiche überwiesen.

Die Vorlage wird nach kurzer Besprechung durch die Abg. Dr. Wendt (Dsch. Fr.), Zimmermann (nlib.) und Dr. Roske (kons.) in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Für die Verwaltung der Reichs- und Staatsschulden soll ein Neubau in Berlin errichtet werden. Der Kaufpreis für die Grundstücke beträgt 12,3 Millionen Mark.

Abg. Frhr. v. Sany (D. Fr.): Man sollte nicht teure Grundstücke in Berlin kaufen. Warum geht man nicht nach Jelenborf? Dort besitzt der Staat doch Grundstücke. Alles hat Schnur nach Berlin. Nun will das Potsdamer Oberpräsidium auch nach Berlin, obwohl es fünfzig Jahre in Potsdam gewesen ist. Vielleicht könnte man dieses Gebäude für die Reichsschuldenverwaltung verwenden. Ich mache diese Geldverschwendung nicht mit.

Unterstaatssekretär Sahn: Die Reichsschuldenverwaltung muß in Berlin sein, weil sie mit der Reichsbank, der Reichsdirektoren usw. ständig verkehren muß. Wenn wir nach Jelenborf gehen würden, so müßten wir einen kostspieligen Autodienst einrichten.

Abg. Zimmermann (nlib.) bemängelt die Höhe des Kaufpreises.

Abg. Dr. Pfeiler (Str.): Muß denn alles in Berlin sitzen? Der Kolonialgerichtshof mußte auch nach Berlin statt nach Hamburg. Alle Kriegsgefangenen sind in Berlin. Das erregt Mißstimmung im Volke. (Beifall im bayerischen Zentrum.) Wenn die Regierung die Stimmung verderben will, dann kann sie nichts Besseres tun, als diese Konzentrationen beizubehalten.

Eine Reihe von Reichskämmerern müssen fort aus Berlin (Buzajer: Nach München! — Heiterkeit.)

Die Vorlage geht darauf an den Hauptauschuß.

Der Gesetzentwurf über Kriegszuschläge und Gerichtsbarkeit sowie zu den Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher wird auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Vpl.) einem Ausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

## Das Reichs-Kinogesez.

Das Haus tritt in die Beratung des Reichskinogesezes ein.

Abg. Ruchhoff (Str.): Die Anzeigen der Kinotheater in den Zeitungen, namentlich der mittleren Städte und der Industriegebiete, sind nur auf das Sensationelle eingestellt. Von Belehrung keine Spur! Und dahinter kommen die Todesanzeigen. Hier müßte die Presse etwas mehr Verantwortungsgefühl zeigen. Mit dem Konfessionszwang allein ist es nicht getan. Jetzt in der Zeit der Hochkonjunktur des Krieges werden wir Reformen leichter durchführen können.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.): Das Gesetz ist ein Verlegenheitsstückwerk. Hilfe und Rettung soll wiederum die Polizei bringen.

Abg. Kerckhoff (F. Vpl.): So, wie das Kino sich entwickelt hat, ist es eine Gefahr für das Volkwohl. Der Vorwurf trifft aber nicht das Kino selbst, sondern nur seine gegenwärtige Entwicklung. Deshalb begrüßen wir die Vorlage, die den Mißständen abzuhelfen gerienet erscheint.

Abg. Ortman (nlib.): Die Nichtspiele sind im Begriff, ein berechtigter Kulturfaktor zu werden. Allzuhohe Anforderungen soll man nicht stellen. Die Theater sind zu teuer, daher geht die Masse ins Kino. Das Kino muß seinen Platz neben dem Theater haben. Wie alle Kulturelemente muß es seine Kinderkrankheiten durchmachen. Wir begrüßen das Gesetz. Es ist ein Fortschritt.

Abg. Graf v. Carmer (kons.): Mit der Vorlage wird ein alter Wunsch des Reichstages erfüllt. Die Vorstellungen von weltgeschichtlichen Ereignissen, die Bilder von fremden Ländern, die Darstellung von Forschungsergebnissen wirken zweifellos belehrend. Das Kino ist das Theater des kleinen Mannes. Leider zeigen sich viele Auswüchse. Man sieht Szenen, die gar nicht mehr zweideutig sind. Man muß die Gewächse haben, daß man in moralischer Beziehung keine Entgleisungen zu befürchten hat.

Abg. Mumm (D. Fr.): Endlich haben wir das Gesetz. Die übertriebene Nüchternheit muß beseitigt werden, die Volksseele darf nicht durch einen schrankenlosen Kapitalismus verunstaltet werden. Es war ein peinlicher Mißgriff, daß man im Friedenssaale zu Dreißigtusend zu turbeln begann. Hoffentlich wird der Reichstagspräsident nie gestatten, daß eine Reichstagsitzung kinematographisch aufgenommen wird.

Abg. Cohn (U. Soz.) bespricht die Tätigkeit der Konzerne in der Filmindustrie.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Das Haus verlegt sich Montag: 2 Uhr: Staatsnotgesetz, Angelegenheit Daimler, Friedensverträge mit Großrußland und Finnland.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Der Fall Daimler im Hauptauschuß.

Scharfe Kritik an den Rechtfertigungsversuchen.

Bei Fortsetzung der Erörterung über den Fall Daimler erklärte im Hauptauschuß gestern der Abg. Erzberger (Str.): Der Reichstag sollte noch vor Ostern gegen die geräuschvolle Agitation draußen Stellung nehmen. Die Kundgebungen der Daimlergesellschaft enthalten bewußte Unwahrheiten.

Abg. Graf Westarp (kons.): Selbstverständlich müssen Auswüchse mit allen Mitteln ausgerottet werden.

Abg. Stöve (nlib.): Die Gesamtheit der Industrie ist von keiner Seite angegriffen worden. Die Industrie wird sich auch halten, sich mit dem Daimlerschen Vorgehen zu identifizieren.

Generalmajor v. Weisberg erklärte sich im Namen des Kriegsministeriums bereit, im Reichstagsplenarium Erklärungen über diese Angelegenheiten abzugeben.

Abg. Roske (Soz.) führt aus, daß seine Partei kein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuß habe. Es dürfe nur wenige Menschen geben, die an das harmlose Gemüth des Kammerherrn von Behr-Pinnow glauben. Wir verlangen auch Aufklärung darüber, was mit den kühnen Offizieren und Beamten des Kriegsministeriums geschieht. Die Regierung kann nicht zwingend genug davor gewarnt werden, vor der Industrie den Rückzug anzutreten.

Abg. Mumm (D. Fr.): Hoffentlich werden die Anträge mit großer Mehrheit angenommen. Kleinge Summen hätten gespart werden können, wenn man rechtzeitig eingegriffen hätte. Warum ist in dem Buderprozess gegen eine Lederfirma den Offizieren und Beamten des Kriegsministeriums die Genehmigung zur Zeugnisaussage verweigert worden?

General Schenk, der Chef des Kriegsamts, erwiderte, daß die Verweigerung der Genehmigung zur Zeugnisaussage begleitet gewesen sei von der Bereitwilligkeitserklärung, über bestimmte begrenzte Fragen Auskunft zu geben. Nur wollte man die Aufklärung der ganzen Lederfrage vermeiden.

Abg. Erzberger (Str.) zieht den Antrag auf Militarisierung zurück.

Hierauf erfolgte die bereits mitgeteilte Abstimmung.

Schließlich kam noch eine Eingabe auf Erweiterung des Militärhinterbliebenengesetzes zur Erörterung. General von Langemann stellte eine entsprechende Vorlage in Aussicht, bis zu deren Verabschiedung alles geschahen solle, um zu verhindern, daß Kriegswitwen und -Waisen in Not geraten.

Nächste Sitzung Sonnabend: Auswärtige Angelegenheiten.

## Der Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik.

nahm den § 4 der Regierungsvorlage unverändert an, der die Ankündigung oder die Anpreisung von Mitteln, Gegenständen oder Verfahren zur Heilung oder Binderung von Geschlechtskrankheiten, sowie von Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane verbietet. Straßlos ist das Ankündigen oder Anpreisen an Ärzte oder Apotheker oder an Personen, die mit solchen Mitteln oder Gegenständen erlaubterweise Handel treiben, oder in wissenschaftlich-ärztlichen Fachzeitschriften.

## Die neuen Teuerungszulagen.

Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 15. März.

Ueber die neuen Teuerungszulagen ist es im Ausschuß nach langen Verhandlungen zu einem Kompromiß zwischen den Parteien und der Regierung gekommen. Die Regierung hat sich um einiges vorwärts drängen lassen; die Parteien haben, als sie auf unüberwindlichen Widerstand stießen, schließlich nachgegeben — leicht ist ihnen indessen diese Nachgiebigkeit nicht geworden, und das Bedauern darüber, daß ihnen nichts anderes übrig blieb, klingt aus der vom Ausschuß vorgelegten Entschließung vernnehmlich genug heraus. Es heißt darin zwar, das Haus erklärt sich mit der von der Staatsregierung in Aussicht gestellten Regelung nach Lage der Verhältnisse einverstanden, aber nicht ohne daß diese Stellungnahme vorher ausdrücklich mit dem Widerstande der Staatsregierung begründet worden wäre. Der Ausschuß sträubte sich erstens gegen die Einrichtung von Teuerungszulagen und eine danach geordnete Wafassung der Zulagen, und erstrebte zweitens höhere Sätze für die Zulagen an: in beiden Punkten konnte er nicht durchdringen.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich gestern in Fortführung der Beratung über den Etat der Finanzverwaltung mit dieser Angelegenheit, und Minister Hertel, der als Erster nach dem Berichterstatter das Wort ergriff, gab seiner lebhaften Befriedigung darüber Ausdruck, daß es gelang, das Kompromißverständnis herbeizuführen. Man wird es verstehen, wie wertvoll es für die Regierung ist, daß der Gegenstand wenigstens für die Praxis aus der Welt geschafft ist. Der Minister berief sich für den einen — schmalen — Streitpunkt darauf, daß doch einmal Unterschiede in den Ernährungsmöglichkeiten und Preisen zwischen ländlichen Gegenden und Großstädten beständen, und für den zweiten Streitpunkt suchte er die Stellung der Regierung damit zu rechtfertigen, daß die Erhöhung eine recht nennenswerte sei und dem Staate, die Pensionäre ungerne, 120 Millionen koste; er meinte auch, daß dieses Vorgehen des Staates diejenigen Gemeinden, die noch zurückgeblieben seien, anspornen solle, auch das Strige zu tun. Er hob weiterhin hervor, daß aus Staatsmitteln 10 Millionen Mark zu langfristigen, mäßig verzinslichen Darlehen an Beamte zur Verfügung gestellt werden sollen, und legte besonderes Gewicht auf die Feststellung, daß die Regierung sich vor ihrer Aktion zum ersten Male mit den Beamtenorganisationen in Verbindung gesetzt habe. Wenn er ein gleiches Verfahren auch für spätere große Aktionen ins Auge faßt, so ist nur zu wünschen, daß es nicht etwa bloß beim guten Vorhange bleibe.

Daß jener Gegenstand zwischen Regierung und Partei wohl äußerlich beigelegt, aber nicht innerlich ausgeglichen ist, davon konnte sich der Minister aus dem Verlauf der Erörterung überzeugen: drehte sie sich doch durchweg im wesentlichen um jene beiden Streitpunkte, und die Reden aller Parteien ließen erkennen, daß sie sich mit den Teuerungszulagen nicht befriedigt und daß sie ein Mehr in der Bemessung der Zulagen gern gesehen hätten. So herrschte heute der Hauptfrage nach Uebereinstimmung zwischen dem konservativen Deize, Dr. Heß vom Zentrum, Deiner von der Sozialdemokratie, dem Fortschrittler Deilus, dem Nationalliberalen Dr. Gottschall und dem Freikonfessionar Dr. Wagner-Dreskau. Herr Deize warnte davor, die Beamten weiter auf der sozialen Stufenleiter herunterzuleiten zu lassen. Auch Abg. Dr. Heß betonte die Wichtigkeit des Beamtenentums für den Staat: eine Entzweiung des Beamtenentums würde eine Erschütterung des Staates nach sich ziehen. Ueber seine Erfahrungen auf dem Lebensmittelmart äußerte er, der in Ueberweil wohnhaft ist, daß er in Berlin besser und billiger lebe als zu Hause: Hegenlommwurf für 8,40 M. das Pund führte er als Beispiel an, so etwas bekäme man in seiner Heimat nicht.

Hr. Deilus erkannte den Schritt des Finanzministers, daß er die Beamtenorganisationen angehört habe, als bemerkenswert an, wie er ihm überhaupt Lob für das soziale Verständnis und den fortschrittlichen Geist spendete, die er bewerte. Er sprach auch die Ansicht aus, daß er den Wünschen des Ausschusses noch weiter entgegenkommen wäre, wenn nicht das Reichschahamt gebremst hätte. Daß die Zulagen nicht gleich bemessen oder noch besser für die höher Besoldeten niedriger als für die unteren Beamten bemessen, bedauerte er sehr. Wegen die Teuerungsklassen machte er noch besonders geltend, daß der Maßstab, nach dem sie abgemessen seien, mit den Wohnungspreisen und den jetzigen Teuerungszulagen nichts zu schaffen hätte. Interessant war sein Hinweis darauf, daß das Zentrum vor einem halben Jahre den fortschrittlichen Antrag, Staatshilfe für die Gemeinden zur Gewährung von Zulagen bereitzustellen, abgelehnt habe, und daß Dr. Heß diesen Antrag jetzt wieder einbringe. Im ganzen aber stellte Abg. Deilus fest, daß man sich mit dem Kompromiß, mit dem man sich eben abfinden müsse, auch insofern abfinden könne, als den Beamten immerhin Erhebliches geboten werde. Die Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

Nächste Sitzung: Montag, 12 Uhr: Steuerverwaltung.